

Leistungen und Regelungen

Gültig ab 01.01.2026

Allgemeines

Das Steinfeld achtet darauf, die Privatsphäre des Bewohners/der Bewohnerin zu respektieren und zu wahren.

Zur Sicherstellung einer angemessenen pflegerischen, medizinischen, hauswirtschaftlichen und sozialen Betreuung, welche im Interesse des Bewohners/der Bewohnerin bzw. dessen Vertretung liegt, sind die Mitarbeitenden vom Steinfeld befugt, das Zimmer des Bewohners/der Bewohnerin mit vorheriger Ankündigung zu betreten. Droht eine Gefahr für das Leben oder die körperliche Integrität des betroffenen Bewohners/der betroffenen Bewohnerin oder eines Dritten, sind die Mitarbeitenden befugt, das Zimmer auch ohne vorherige Ankündigung zu betreten.

Der/die Bewohner/in hat das Recht, sein/ihr Zimmer mit eigenem Mobiliar und eigenen Gegenständen einzurichten, soweit dadurch die Betreuung und Pflege durch die Mitarbeitenden vom Steinfeld nicht eingeschränkt werden, und es die Zimmergrösse zulässt.

Vorsorgeauftrag und Patientenverfügung

Der/die Bewohner/in teilt dem Steinfeld mit, ob er/sie einen Vorsorgeauftrag und/oder eine Patientenverfügung errichtet hat. Wünscht er/sie, dass das Steinfeld seinen/ihren in diesen Dokumenten festgehaltenen persönlichen Willen umgehend umsetzen kann, so übergibt er/sie dem Steinfeld eine Kopie des Vorsorgeauftrags und/oder der Patientenverfügung.

Pflegeleistungen

Die Pflegeleistungen richten sich nach den Bestimmungen der Verordnung des EDI über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (Krankenpflege-Leistungsverordnung, KLV), und teilen sich gemäss Art. 7 Abs. 2 KLV auf in;

- Massnahmen der Abklärung, Beratung und Koordination,
- Massnahmen der Untersuchung und Behandlung,
- Massnahmen der Grundpflege.

Medizinische Nebenleistungen und freie Arztwahl

Zu den medizinischen Nebenleistungen gehören die ärztlichen Leistungen, krankenkassenpflichtige Therapien (z.B. Physio- und Ergotherapie), Medikamente, Mittel und Gegenstände sowie medizinische Analysen.

Die ärztliche Betreuung im Steinfeld erfolgt durch eine/n von dem/der Bewohner/in gewählte/n Ärztin/Arzt. Die freie Arztwahl ist gewährleistet, soweit nicht wichtige Gründe wie beispielsweise die grosse Distanz zwischen Arzt/Ärztin und dem Steinfeld oder die Abdeckung von Notfallsituationen dagegensprechen.

Erwachsenenschutzrecht

Das Steinfeld verpflichtet sich, die Bewegungsfreiheit des urteilsunfähigen Bewohners bzw. der urteilsunfähigen Bewohnerin nur einzuschränken, wenn weniger einschneidende Massnahmen nicht ausreichen oder von vornherein als ungenügend erscheinen und diese

Massnahmen dazu dienen, eine ernsthafte Gefahr für das Leben oder die körperliche Integrität des Bewohners/der Bewohnerin oder Dritter abzuwenden oder eine schwerwiegende Störung des Gemeinschaftslebens der Institution zu beseitigen.

Vor der Einschränkung der Bewegungsfreiheit wird dem/der Bewohner/in erklärt, was geschieht, warum die Massnahme angeordnet wurde, wie lange diese voraussichtlich dauert und wer sich während dieser Zeit um ihn/sie kümmert. Vorbehalten bleiben Notfallsituationen.

Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit wird so bald wie möglich wieder aufgehoben und auf jeden Fall regelmässig auf ihre Berechtigung hin überprüft.

Über jede Massnahme zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit wird Protokoll geführt. Dieses enthält insbesondere den Namen der anordnenden Person, den Zweck, die Art und die Dauer der Massnahme.

Die zur Vertretung bei medizinischen Massnahmen berechtigte Person wird über die Massnahme zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit informiert und kann das Protokoll jederzeit einsehen. Ein Einsichtsrecht steht auch den Personen zu, welche das Steinfeld beaufsichtigen.

Der/die betroffene Bewohner/in oder eine ihr nahestehende Person kann gegen eine Massnahme zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit jederzeit schriftlich bei der Erwachsenenschutzbehörde ohne Wahrung einer Frist Beschwerde einreichen.

Das Steinfeld schützt die Persönlichkeit des urteilsunfähigen Bewohners/der urteilsunfähigen Bewohnerin und fördert so weit wie möglich Kontakte ausserhalb der Institution. Kümmert sich niemand von ausserhalb der Einrichtung um den/die betroffene Bewohner/in, so benachrichtigt das Steinfeld die Erwachsenenschutzbehörde.

Suizidbeihilfe (begleiteter Suizid)

Aktivitäten von Sterbehilfeorganisationen wie zum Beispiel Exit sind in den Räumlichkeiten der Institution zulässig. Insbesondere steht es dem/der Bewohner/in zu, Gespräche mit Vertretern einer Sterbehilfeorganisation zu führen. Ebenfalls erlaubt ist die Durchführung der Suizidbeihilfe (auch begleiteter Suizid genannt). Das Personal beteiligt sich nicht an der Durchführung des begleiteten Suizids.

Beanstandungen und Beschwerden des Bewohners/der Bewohnerin

Der/die Bewohner/in kann sich formlos gegen unangemessene Pflege bzw. Betreuung beschweren. Bei Personen, die ihre Rechte nicht selbst wahrnehmen können, steht dieses Recht ihren Angehörigen oder dem gesetzlichen Vertreter zu.

Beanstandungen und Beschwerden sind in erster Linie an die Geschäftsleitung zu richten. Vorbehalten bleibt das Erwachsenenschutzgesetz, wonach die Erwachsenenschutzbehörde jederzeit schriftlich gegen eine Massnahme zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit angerufen werden kann.

Entscheide der Geschäftsleitung können bei dem/der Stiftungspräsidenten/in angefochten werden.

Allfällige Beschwerden können zudem der Ombudsstelle des Kantons Aargau für pflegebedürftige Menschen unterbreitet werden. Die Ombudsstelle wird von der Patientenstelle Aargau Solothurn, einem neutralen, gemeinnützigen und unabhängigen Verein, geführt.

Ombudsstelle für pflegebedürftige Menschen
Postfach 3534, 5001 Aarau
062 823 11 42
www.ombudsstelle-ag.ch / info@ombudsstelle-ag.ch